

## Airbus Group

Als größter europäischer Luft-, Raumfahrt- und Rüstungskonzern (21% seiner Umsätze erwirtschaftete Airbus 2020 mit Wehrtechnik <sup>[1]</sup>) ist Airbus in hohem Maße von Entscheidungen von Regierung und Parlament auf nationaler und europäischer Ebene abhängig. Staatliche Stellen setzen in diesem Bereich wichtige Rahmenbedingungen, vergeben Aufträge und fördern bestimmte Projekte mit Forschungs- und Entwicklungssubventionen. Vor diesem Hintergrund hat das Unternehmen ein großes Interesse daran, Entscheidungssträger auf diesem Gebiet in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Airbus Group	
<b>Branche</b>	Luft- und Raumfahrt sowie Rüstung
<b>Hauptsitz</b>	Leiden/Niederlande
<b>Lobbybüro Deutschland</b>	Rahel-Hirsche-Straße 10, 10557 Berlin
<b>Lobbybüro EU</b>	Brüssel, Avenue Marnix 28
<b>Webadresse</b>	<a href="http://www.airbusgroup.com">www.airbusgroup.com</a>

### Inhaltsverzeichnis

1 Der Konzern und seine Aktivitäten .....	1
2 Leitungsgremien .....	2
2.1 Verwaltungsrat ("Board of Directors") .....	2
2.2 Executive Committee .....	2
3 Mitgliedschaften .....	2
4 Lobbytätigkeit .....	3
4.1 Angaben im EU-Transparenzregister / Brüssel .....	3
4.2 Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag .....	4
4.3 Berlin .....	4
5 Lobbyisten im Auswärtigen Amt .....	4
6 Fallstudien und Kritik .....	5
6.1 2022-25: Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) .....	5
6.2 Studie: Einfluss der Rüstungsindustrie in Deutschland .....	6
6.3 Eurofighter und Österreich .....	6
7 Weiterführende Informationen .....	7
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus .....	7
9 Einzelnachweise .....	7

## Der Konzern und seine Aktivitäten

Die **Airbus SE.**, Leiden/Niederlande, die sich von 2000 bis 2013 **EADS** (European Aeronautic Defence and Space Company) und von 2013 bis 2017 **Airbus Group** nannte, ist die Muttergesellschaft einer der bedeutendsten Luft-/Raumfahrt- und Rüstungskonzerne. Weltweit wurde 2020 mit ca. 130 Tsd.

Beschäftigten ein Umsatz von ca. 50 Mrd. Euro erzielt.<sup>[2]</sup> Die Konzernzentrale befindet sich im französischen Toulouse. Es gibt die folgenden Geschäftsbereiche: Commercial Aircraft, Helicopters und Defence and Space. Airbus beschäftigt knapp die Hälfte aller Beschäftigten in der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie an seinen 27 Standorten.<sup>[3]</sup> Die Bundesregierung ist einer der wichtigsten Kunden im Geschäftsbereich „Aerospace and Defence“.<sup>[4]</sup>

Im Januar 2022 verfügten die staatlichen Beteiligungsgesellschaften Frankreichs (SOPEGA), Deutschlands (GZBV mbH & Co. KG) und Spaniens (SEPI) mit einem gemeinsamen Anteil von 25,9 % an der Airbus SE über eine Sperrminorität.<sup>[5]</sup>

## Leitungsgremien

---

### Verwaltungsrat ("Board of Directors")

---

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender ist René Obermann.

### Executive Committee

---

Das Executive Committee unterstützt den Vorsitzenden (CEO). Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. CEO ist [Guillaume Faury](#)

## Mitgliedschaften

---

- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- [Amisa2](#)
- [Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie \(BDLI\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie \(BDSV\)](#)
- [Forum Luft- und Raumfahrt \(FLR\)](#)
- [Aviation Initiative for Renewable Energy in Germany \(Aireg\)](#)
- [Deutsches Verkehrsforum](#)
- [Grüner Wirtschaftsdialog](#)
- [BITKOM](#)
- [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe \(ASD\)](#),
- [European Organisation for Security \(EOS\)](#)
- [German European Security Association \(GESA\)](#) (2015 aufgelöst)
- [Cercle des Délégués Permanents Français \(CDPF\)](#)
- [Kangaroo Group](#)
- [Eurospace](#)
- [Space Foundation](#)
- [Sky and Space](#)
- [Europe et Défense](#)
- [European Satellite Operators Association \(ESOA\)](#)
- [European Forum for Manufacturing \(EFM\)](#)
- [AFEP](#)
- [Förderkreis Deutsches Heer](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#)
- [Förderkreis Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik \(DGAP\)](#): Die Airbus-Spenden sind höher als 100 Tsd. Euro

Quellen: <sup>[6]</sup>, <sup>[7]</sup> und Webseiten der genannten Organisationen

## Lobbytätigkeit

---

### Angaben im EU-Transparenzregister / Brüssel

---

Laut [Transparenzregister der EU](#) sind in Brüssel 12 Personen mit der Lobbyarbeit betraut, wobei sich in Vollzeit übersetzt 5,3 Stellen ergeben.

**Cheflobbyistin** ist:

- Nathalie Errard, Senior Vice President, Head of Europe and NATO Affairs

**Zugang zum Europäischen Parlament** haben:

- Nathalie Errard
- Jean-Philippe Scherer
- Markus Broich

Die Airbus Group nimmt an den folgenden **EU-Strukturen und Plattformen** teil:

- [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe \(ASD\)](#)
- European Organisation for Security (EOS)
- Cercle des Délégués Permanents Français (CDPF)
- European Satellite Operators Association (ESOA),
- Official Spanish Chamber of Commerce in Belgium and Luxembourg
- Weitere: NEREUS, A4E, EARSC, Eurospace, AFEP, [Amisa2](#), AVISA, EBIT, BBE, ECSO, ERT, GAIA-X, Hydrogen Europe, CEOE

**EU-Parlament:**

- [Kangaroo Group](#) (EU-Parlament)
- [Sky and Space](#) Intergroup (Eu-Parlament)

**EU-Kommission:**

- Commission expert group on Policies & Programmes relevant to EU Space, Defence and Aeronautics Industry (SDA)
- Consultative Forum on EU External Aviation Policy
- PLATFORM ON SUSTAINABLE FINANCE
- Strategic Advisory Board for the Quantum Technology FET Flagship

Quelle: [Transparenzregister der EU](#)

Die **Lobbyausgaben für 2023** betragen 1.750.000 - 1.999.000 Euro. 12 Lobbyisten wurden beschäftigt (Vollzeitäquivalent 5,3). Die Lobbyausgaben werden für 2020 mit 1.25 Mio. - 1.5. Mio. Euro im EU-Transparenz geschätzt. 2014 wurden sie mit 400 Tsd. bis 500 Tsd. Euro beziffert.

## Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag

	Ausgaben in €	Vollzeitäquivalent der Beschäftigten in der Interessenvertretung
Airbus Aerostructures GmbH <a href="#">zum Eintrag im Lobbyregister</a>	400.000 - 410.000	0,6
Airbus Operations GmbH[1]	800.000 - 810.000	1,8
Airbus GmbH[2]	250.001 - 260.000	0,3
Airbus SE [3]	1.120.001 - 1.130.000	3,46
Airbus DS Airborne Solutions GmbH [4]	10.001 - 20.000	0,45
Airbus Urban Mobility GmbH[5]	1 -10.000	1-10
Airbus Helicopters Deutschland GmbH[6]	820.001 - 830.000	1,05
Airbus Defence and Space GmbH [7]	2.210.001 - 2.220.000	8,78
<b>Gesamt 2024</b>	<b>ca. 5.610.000 Euro</b>	<b>ca. 17,44</b>

## Berlin

**Alexander Reinhardt**, Cheflobbyist für Deutschland (Head of Public Affairs Germany Airbus), ist Stellv. Vorsitzender der Bundesarbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik des [Wirtschaftsrat der CDU](#)<sup>[8]</sup>

## Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Die Tätigkeit eines EADS-Mitarbeiters im Außenministerium ist bekannt.

### Lobbyisten im Auswärtigen Amt

<b>Zeitraum</b>	Unbekannte Einsatzdauer, zwischen 2002 und November 2006, mindestens im November 2006 <sup>[9][10]</sup>
<b>Mitarbeiter</b>	Ein Mitarbeiter
<b>Bearbeitete Themen</b>	Einsatz in der Abteilung für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung

## Fallstudien und Kritik

---

### 2022-25: Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

---

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen<sup>[11]</sup>. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter\*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt<sup>[12]</sup>. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.<sup>[13][14][15]</sup> Die Rüstungsindustrie sprach sich von Anfang an großteils gegen das REKG aus. So auch die Airbus Defence and Space GmbH.

In einer „Stellungnahme zur Erwartungshaltung an die im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorgaben zur Ausarbeitung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Rüstungsexportkontrolle“ im März 2022 machte Airbus seine Forderungen an das REKG deutlich.<sup>[16]</sup> Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie müsse geschützt und gefördert, Exportgenehmigungsprozesse verschlankt und beschleunigt werden. Transparenz

könne nur unter Berücksichtigung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen sowie Schutz der Geheimhaltungsinteressen möglicher Kunden ausgeweitet werden. Gegen das oben genannte Verbandsklagerecht sprach sich Airbus auch bei den Konsultationen mit dem Wirtschaftsministerium deutlich aus.<sup>[17]</sup> Es verzögere laut dem damaligen Airbus-Vertreter Alexander Reinhardt Exporte einseitig und gefährde die europäische Rüstungskooperation. Im Eckpunktepapier war das Instrument der Verbandsklage nicht enthalten.

Neben Airbus lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.<sup>[18]</sup>

## Studie: Einfluss der Rüstungsindustrie in Deutschland

---

2020 veröffentlichte Transparency International eine [Studie](#), in welcher die Einflussmöglichkeiten der Rüstungslobby auf die Politik dargelegt werden. Danach hat Airbus, wie schon in den drei vorausgehenden Jahren, im Jahr 2016/2017 eine unbestimmte Geldsumme von mehr als 100 000 Euro an den renommierten Think Tank [Deutsche Gesellschaft für Außenpolitik \(DGAP\)](#) gespendet, in dem Airbus Mitglied ist. Der ehemalige Chef der Airbus Gruppe, [Thomas Enders](#), ist 2019 Präsident der DGAP geworden.<sup>[19]</sup> Der unter diesen Bedingungen zu vermutende Einfluss von Airbus auf die DGAP ist von besonderer Bedeutung, weil diese wesentlich an der Ausarbeitung des Weißbuches der Bundeswehr aus dem Jahr 2016 mitgewirkt hat.<sup>[20]</sup>

## Eurofighter und Österreich

---

Seit 2011 ermittelte die österreichische Staatsanwaltschaft gegen EADS wegen Korruptionsvorwürfen in Millionenhöhe. Die EADS Deutschland GmbH soll österreichische Beamte und Politiker beim Verkauf von 15 Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter Typhoon über Jahrzehnte geschmiert haben<sup>[21]</sup> und den Österreichischen Staat in einer Art betrogen haben, der diesen zum Kauf von Flugzeugen dieses Typs gebracht haben soll<sup>[22]</sup>. Inhalt des Betruges sei gewesen, dass sich Airbus zur Lieferung von Flugzeugen vertraglich verpflichtet hätte, die absehbar nicht geleistet hätte werden können und auch eine Nachrüstung in den vereinbarten Bauzustand wirtschaftlich nicht möglich gewesen wäre.<sup>[23]</sup> Zusätzlich sei der Kaufpreis von 183,4 Mio. Euro deshalb zustande gekommen, weil mit diesem im Rahmen des Eurofighter-Deals kriminelle Geschäfte finanziert worden seien.<sup>[24]</sup>

Laut der österreichischen Justiz wurden "im Rahmen des EADS-Konsortiums [...] eine kriminelle Vereinigung gegründet, um über Scheinverträge Gelder [...] für korrupte Zwecke verfügbar zu machen".<sup>[21]</sup> Von den 184 Mio. Euro Kaufpreis seien laut Staatsanwaltschaft allein 20 Millionen für die Anbahnung des Geschäfts nutzbar gemacht worden, 114 Millionen Euro seien dagegen an eine von der EADS gegründete Briefkastenfirma namens Vector Aerospace LLP geflossen.<sup>[25]</sup> Wohl soll über diese Firma Geld ausgeflossen sein, um die Kaufentscheidung auf den gewünschten Flugzeugtyp zu lenken oder diese Entscheidung nachträglich zu honorieren.<sup>[26]</sup>

Dabei sollen zwischen 2005 und 2008 mindestens 50 Mio. Euro an fünf Personen ausgezahlt worden sein.<sup>[27]</sup> Laut Reuters diene das Netzwerk dazu, die Kontrahenten von Airbus, Saab und Lockheed Martin, ebenfalls große Rüstungsproduzenten, bei der Auftragsvergabe auszustechen.<sup>[27]</sup> Ein Teil der Gelder sollte wohl auch

an Akteure des Airbus-Konsortiums zurückfließen.<sup>[28]</sup> Gleichzeitig ermittelt die britische Antikorruptionsbehörde Serious Fraud Office gegen Astrium, eine Tochterfirma von EADS. Dieser wird vorgeworfen, bei einem Geschäft mit Saudi-Arabien in Milliardenhöhe, Bestechungsgelder gezahlt zu haben.<sup>[21]</sup>

Die seit 2021 wegen Verdachts der Bestechung ausländischer Beamter ermittelnde Münchner Staatsanwaltschaft hat 2018 gegen die Airbus Deutschland GmbH einen Bußgeldbescheid in Höhe von 81,25 Mio. Euro erlassen.<sup>[29]</sup>

## Weiterführende Informationen

---

- [Transparency International: Analyse des Einflusses der Rüstungsindustrie auf die Politik in Deutschland, Zusammenfassung](#)
- [Zahlen zu Airbus Lobbyaktivität in den Vereinigten Staaten von Amerika](#)
- [EU-Transparency Register](#)
- [Rüstungslobby wird es in Deutschland zu leicht gemacht](#), Stern vom 21.10.2020.

## Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

---

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

## Einzelnachweise

---

1. ↑ [Vernetzte Waffenschmieden- Rüstungsindustrie in Deutschland](#) rosalex.de, abgerufen am 31.03.2022
2. ↑ [Who we are](#), airbus.com, abgerufen am 11.01.2022
3. ↑ [Airbus in Deutschland](#), airbus.com, abgerufen am 12.01.2022
4. ↑ [Public Affairs](#), airbus.com, abgerufen am 12.01.2022
5. ↑ [Shareholder structure](#), airbus.com, abgerufen am 11.01.2022
6. ↑ [EU Transparenzregister](#), ec.europa, abgerufen am 14.12.2023
7. ↑ [Public Affairs/About us](#), airbus.com, abgerufen am 14.12.2023
8. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), webarchive.org, abgerufen am 15.01.2022
9. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 08.09.2011
10. ↑ [Antwort der Bundesregierung](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter zugriff 09.09.2011
11. ↑ [BMWK Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
12. ↑ ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
13. ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
14. ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
15. ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026

16. ↑ [Airbus Stellungnahme zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
17. ↑ [Konsultation zum REKG am 29.11.2022](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
18. ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
19. ↑ [Defence Industry Influence in Germany, S. 15 f.](#), Studie von Transparency International vom Oktober 2020, abgerufen am 14.01.2022.
20. ↑ [Defence Industry Influence in Germany, S. 15 f.](#), Studie von Transparency International vom Oktober 2020, abgerufen am 14.01.2022.
21. ↑ <sup>21,021,121,2</sup> [Europaweites Netz von Schmiergeldzahlungen](#), www.sueddeutsche.de vom 10.11.12, abgerufen am 12.11.12
22. ↑ [Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben](#), Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
23. ↑ [Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben](#), Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
24. ↑ [Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben](#), Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
25. ↑ [Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben](#), Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
26. ↑ [Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben](#), Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2021.
27. ↑ <sup>27,027,1</sup> [Münchener Ankläger werfen EADS Bestechung vor](#), www.reuters.com vom 19.11.12 abgerufen am 19.11.12
28. ↑ [Eurofighter: Ex-Manager von Airbus sollen von Schmiergeldern profitiert haben](#), Der Standard vom 02.03.2017, abgerufen am 08.01.2022.
29. ↑ [Airbus muss über 81 Millionen Euro Bußgeld zahlen](#), BR vom 09.02.2018, abgerufen am 08.01.2022